

Volksstimme

Eingelnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Teleph. 6802. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonntag und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauennwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag u. Expedition: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.
Teleph. 5407. Postfachnummer 11092

Nr. 205

Abonnementpreis: Durch den Abnehmer zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Postgebühren. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postweg im Vierteljahr 16.-, monatlich 6.00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Freitag, den 2. September 1921

Anzeigenpreis: Im halbjährigen Abonnement kostet das Blatt 60 Pfg. Bei gleichem Abonnement im dreimonatigen Abonnement 2.50 Mk. Bei der Abgabe des Abonnementes für die nächste Ausgabe beträgt der Zuschlag 5 Pfg.

5. Jahrgang.

Wahlrecht für Mörder.

Wie nach dem Rapp-Putsch Bayern allen gesuchten Hochverrätern bereitwillig seinen Schutz gewährte, so stellt es sich auch jetzt wieder schärfer und vor jene Gesellen, die durch ihre provokatorischen Taten, durch ihre gewöhnliche Tölpel die wirklichen Mörder an Erzberger sind. Die bayerische Regierung fällt der Reichsregierung in ihrem Kampf gegen das ruchlose Gestühl in den Arm. Die Gemeindevorstände zufolge hat sie gegen die Verordnungen der Reichspräsidenten ein e Protest beschloßen. Als selbstverständlich erscheint es daher auch nur, daß unbelumtet um das Verbot durch den Minister des Innern, den Gen. Grabnauer, der „Miesbacher Anzeiger“ und „Völkischer Beobachter“ weiter veröffentlicht, während dafür das Verbot der unabhängigen „Münchener Morgenpost“ bestätigt wurde. Nichts verleiht darüber ab die bayerische Regierung gewillt ist, den Verboten der Reichsregierung in Bayern Respekt zu verschaffen. Ein beachtenswertes Beispiel wie rechtgerichtete Kritik für die Stärkung der Staatsautorität eintreten. So bilde sich der immer noch bestehende Ausnahmezustand zu einem Wahlrecht für Mörder heraus.

Der schwerste Konflikt scheint nun wegen der Aufhebung dieses Ausnahmezustandes zwischen Bayern und dem Reich bevorzustehen. Die angeordnete Aufhebung desselben wird einfach nicht durchgeführt. Zur Unterstützung dieser Haltung der Reichsregierung erlassen jetzt sogar alle bürgerlichen Parteien eine Erklärung, die sich gegen die Maßnahmen der Reichsregierung richtet. Selbstverständlich verziehen sie in ihrem Wort an Erzberger, geben auch der Hoffmann-Ausdrück, mit anderen Mitteln Ruhe und Ordnung schaffen zu können (sogar ein jedes Auftreten gegen die Schulden unter denen in erster Linie die Männer des Miesbacher Anzeigers sind, ab. Wenn aber Ruhe und Ordnung im Reich einkehren soll, so ist es in erster Linie notwendig zunächst dem Sauhaß Bayern — um in Miesbacher Ausdrücken zu reden — auszumilchen. Diese Hauptaufgabe darf von den republikanisch gesinnten Männern nicht vernachlässigt werden, (sowie andere Aufgaben ihrer auch haben).

Inzwischen geht die Staatsmaschine ihren Gang und sucht mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften die Geschickte, den Konflikt zwischen Bayern und Reich zu entwirren.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit der Zusammenlegung des nach § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August einmündigen Reichsverwehrschießes. Der Vertreter Bayerns gab dem „Bayerer“ und der „Centralblatt“ der Bayern und der „Völkischer Anzeiger“ der bayerischen Regierung Ausdruck, daß der Verordnung eine Prüfungsausschuss mit den beteiligten Landesregierungen nicht ausgegangen sei, und kritisierte insbesondere die Zentralisierung der Verbote in Berlin. Der Minister des Innern Dr. Grabnauer erklärte, nur die absolute Dringlichkeit der Lage habe eine vorzeitige Stellungnahme unmöglich gemacht, und wies darauf hin, daß die Verordnung sich nicht nur gegen bestimmte Parteien, sondern gegen alle diejenigen richte, deren Verhalten den öffentlichen Frieden gefährde. Nachdem der Vertreter Sachsens betont hatte, daß seine Regierung mit der Tendenz der Verordnung übereinstimmend wurde der Wehrverwehrschieß nach dem Vorschlag des Reichsratsauschusses gebildet.

Andere Blättermeldungen besagten schon, daß zwischen Bayern und dem Reich Verhandlungen schwebten, auf Grund derer die Reichsregierung eine Zurücknahme der Aufhebung des Ausnahmezustandes erwäge. Diese Nachrichten sind unzutreffend. Doch wird ferner mitgeteilt, daß heute der bayerische Staatsminister Schweitzer und der Führer der deutsch-demokratischen Partei im bayerischen Reichsrat Dr. Dietrich nach Berlin abgereist sind, um den Verhandlungen über die Wehrverwehrschieß zwischen dem Reich und Bayern anlässlich des Ausnahmezustandes beizumohnen.

Zu fordern ist, daß hier einmal energisch durchgegriffen wird. Die Zustände in Bayern schreien zum Himmel. Es ist nur notwendig, die Stellung der Oppositionsparteien in diesem Lande des Wahlrechtes für Mörder von Reichswegen zu klären, dann wird der Wind schon umfliegen. Der erste Schritt dazu scheint jetzt getan zu werden. Der oben erwähnte Überwachungsanspruch des Reichstages ist von seinem Vorhaben dem sozialdemokratischen Abgeordneten Meerschke für heute einzuwirken worden. Seine Tagesordnung lautet: Der Ausnahmezustand in Bayern.

Verbotene Gedankfelder.

Berlin, 1. Sept. Der Reichspräsident verbot die deutschen rechtstehenden Kreisen in jüngster Zeit veranstalteten nationalen Feiern zur Verherrlichung der Monarchie und zur Veranschaulichung der deutschen Republik und ihrer verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen mitzubeiwohnen.

Weitere Zeitungsverbote.

Der Reichsminister des Innern hat auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August den „Berl. Volkszeitung“ und den „Tag“ auf die Dauer von 14 Tagen verboten, weil diese Blätter einen Artikel des „Miesbacher Anzeigers“ gebracht haben, in dem das gegen diese Zeitung ausgesprochene Verbot verhöhnt und die Reichsregierung mit Beschimpfungen überhäuft wurde.

Besprechungen beim Reichsanzler.

Berlin, 2. Sept. (Priv. Telegramm.) Wie mehrere Blätter melden, finden heute vormittag beim Reichsanzler Besprechungen statt, an denen der Präsident des Reichstages, die Führer der Koalitionsparteien, der Abg. Dr. Stresemann und einige andere führende Politiker und Parlamentarier teilnehmen werden. Gegenstand dieser Besprechungen dürfte der gelante Komplex von wichtigen Fragen der inneren deutschen Politik sein, die auf eine baldige Entscheidung drängen.

Stresemann bei Ebert.

Berlin, 2. Sept. (W. I. B.) Der Reichspräsident hat gestern den vollparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zu einer längeren Aussprache über die innere politische Lage empfangen. Wie die Deutsche Zeitung meldet, ist dabei auch die Frage einer frühzeitigen Einberufung des Reichstages erörtert worden. Dr. Stresemann wird morgen mit dem Reichsfürsler eine Besprechung haben, in der ebenfalls die Frage berührt werden dürfte. Eine Notwendigkeit zur früheren Einberufung des Reichstages besteht zurzeit nicht und es heißt, daß auch die Reichsregierung diese Auffassung teilt.

Sind die Mörder in Sicherheit?

Karlsruhe, 1. Sept. Auf einer hiesigen Redaktion lief morgens eine Karte folgenden Inhalts ein:

Gossensaß, 28. August.

Werte Redaktion!

In dem Befreien, den Behörden keine unnötigen Schwierigkeiten zu bereiten, teilen wir Ihnen mit, daß wir den Bremer hinter uns haben. Man mag in Oppenau und Griesbach herbeist sein und den aufgehobenen Apparat nach Hause fischen. Wir geben Ihnen anheim, von dieser Mitteilung nach Gindlärten Gebrauch zu machen. Punctat or.

Die Karte wurde der Staatsanwaltschaft sofort übergeben und die nötigen Schritte sind eingeleitet, um festzustellen, ob es sich bei der Karte um eine Infiltration oder verführte Freifahrer handelt oder ob tatsächlich die Mörder Erzbergers sind.

Blättermeldungen aus Stuttgart zufolge wurde in Tübingen ein Student verhaftet, der zur Zeit der Ermordung in der Gegend von Griesbach gewesen sein soll. Dem Verhafteten wurden Schießproben abgenommen.

Karlsruhe, 1. September. (T. I.) Zu dem Inhalt der Redaktion „Babische Presse“ aus Gossensaß, geschickten Karte teilt Generalstaatsanwalt Schlemm-Karlsruhe, der die Erzberger-Vorbereitungsbereitschaft bearbeitet, mit, daß der Karte ein allzu großer Wert nicht beizulegen ist. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Infiltration. Der Staatsanwaltschaft liegen bereits mehrere Briefe und Karten ähnlichen Inhalts aus anderen Grenzgebieten Deutschlands vor.

So wirds gemacht.

In einer der letzten Ausgaben der mehr deutschnational als vollparteilich gerichteten „Allg. Ztg.“ steht zu lesen: „Herr Erzberger, so wenig er ein Freund des bayerischen Kabinetts Rahr war, hätte sicherlich auch die Wirkung des Wirth-Ebertschen Erlasses auf Bayern bedacht. Nach regiert das Kabinett Rahr, an dessen Bestätigung ja niemand mehr lag als Herr Erzberger. Solange es aber noch regiert, sind nur zwei Dinge als Wirkung auf Bayern möglich; entweder das Kabinett Rahr übernimmt den Maulfrohenlaß ganz buchstäblich zu treuen Händen (!) und wendet ihn — gegen links, was sein Wortlaut durchaus zuläßt, und das Kabinett Wirth schweigt dazu oder Herr Wirth macht Herrn Rahr darauf aufmerksam, daß das Gegenstück von dem ist, was er und Herr Ebert meinte, und schafft dadurch den sozialen Aufstand in Bayern und seinen Süd und Nord.“ Herr Erzberger, schau wie er war hatte das trotz aller Feindschaft gegen Rahr bedacht.

Herr Wirth hat es nicht bedacht. Er macht eine Politik, die das Zentrum und die Koalition und nebenbei auch das Reich sehr ernstlich gefährdet. Herr Erzberger steht hinten und vorne.

Mit einem Anonymus, der an Pathologie grenzt machen sich in obigen Auslassungen die bemovaltenen Schreiber der „Allg. Ztg.“ über die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik lustig.

Wir wollen den Herren aber verraten, daß die republikanisch gesinnte Bevölkerung Deutschlands mit der größten Energie dafür sorgen wird, daß der Wortlaut der Verordnung so zur Ausführung gelangt, wie es die reaktionären Verleumdungen erfordern. Die Arbeiterschaft wird darüber mit Argusaugen wachen.

Der Hohn, womit jetzt noch der tote Erzberger von dieser Frechheute überschüttet wird, ist ein Beweis für die „edle Gefinnung“ jener politischen Künstler. Zugleich verfolgt man aber auch die Absicht, das Zentrum in Gegensatz zum Reichsanzler Wirth zu bringen.

Noch keine Entscheidung über Oberschlesien.

Nachmalige Prüfung durch andere Ober. Ausnahmefreilassung durch Bewohner Oberschlesiens.

Genf, 1. September. (W. I. B.) Die für heute nachmittag 4 Uhr anberaumte Sitzung der außerordentlichen Session des Völkerverbundesrates, die sich mit der ober-schlesischen Frage befaßt, dauerte nur eine knappe halbe Stunde. Es wurde darauf folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

1. Um dem Rat die Möglichkeit zu geben, sich in völliger Unabhängigkeit eine Meinung über die ihm unterbreitete Frage zu bilden, sind seine Mitglieder einmütig zu der Auffassung gekommen, daß es wünschenswert sei, eine vorläufige Prüfung der Frage durch Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vornehmen zu lassen, also von solchen Staaten, die an den vorangegangenen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben.

2. Den Vertretern dieser Mächte erwächst die Aufgabe, die verschiedenen Grundlagen dieses Problems zu prüfen, sowohl nach dem von Obersten Rat übermittelten Dokumenten, als auch mit Hilfe sonstiger Informationsquellen.

3. Sie werden das Recht haben, alle diejenigen Berichte einzufordern, die sie nützlich erachten, und die erforderlichen technischen Mittel zu benutzen. Wünschenswert ist, daß die zu benutzenden technischen Geräte an den vorhergehenden Untersuchungen und Diskussionen nicht teilgenommen haben und, so weit es möglich ist, unter denjenigen Parteien ausgemittelt werden, die bereits an den Arbeiten der technischen Organisationen des Völkerverbundes teilgenommen haben. Einmündig des ober-schlesischen Gebietes — Deutsche sowohl wie Polen — können berufen werden, um mündlich Auskünfte über die Ortsverhältnisse zu geben.

4. Die Vertreter der erwähnten Mächte werden die Einrichtungen des Völkerverbundesrat so allen Zwecken, die sie für erforderlich halten, zur Verfügung haben.

5. Sie werden ihre Arbeiten nach freiem Ermessen verrichten, ohne daß ein bestimmtes Verfahren festgelegt wird. Sie werden dann dem Rat Rechenschaft ablegen, der die Arbeiten feinerleits weiter verfolgen wird und jederzeit zummentreten kann, um die Ergebnisse der eigentlichen Untersuchung zu prüfen.

Genf, 1. September. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Der Völkerverbundsrat hat den Antrag des Generalsekretärs Drummond, einen vollständigen Verhandlungsbericht über die heutige Sitzung herauszugeben, angenommen, woraus ersichtlich ist, daß sämtliche Vertreter mit dem Antrage Tibits einverstanden waren. Balfour und Bourgeois erklärten als die ersten ausführlich ihre Zustimmung. Balfour betonte, daß die öffentliche Meinung nun erkennen werde, daß der Rat zu einer vollkommen unabhängigen und unparteilichen Prüfung der ober-schlesischen Frage entschlossen sei. Er wies in seiner zukünftigen Erklärung darauf hin, daß die Annahme des Beschlusses nicht bedeute, daß die Ratsmitglieder in irgend einem Momente sich nicht für den Fortgang der Angelegenheit interessieren würden, sondern daß sie in ihre Kollegen das Vertrauen für die Arbeit legen. Sie würden aber unabhängig mit ihnen in Kontakt bleiben, um den Stand ihrer Arbeit zu prüfen. Imperiale Italien erklärte sich in wenigen Worten mit den Ausführungen Balfours und Bourgeois einverstanden. Im Namen der Vertreter Brasiliens, Spaniens, Chinas und Belgiens betonte Symans, daß sie ihre Pflicht in völliger Ehrlichkeit erfüllen würden.

Die Sitzung, die bereits vorher sorgfältig vorbereitet war und nur einen formellen Charakter trug, war in privaten Beratungen längst besprochen worden und hat kaum eine halbe Stunde gedauert.

Die vergessene Zivillichtsreform.

Während die Diskussion über die Reform des Strafrechts immer lebhaftere Formen annimmt und sich immer größere Volksteile an ihr beteiligen, hört man von der Reform des bürgerlichen Rechts nichts oder so gut wie nichts, so daß nachdrücklich mit Notwendigkeit die Frage entstehen muß, ob unter Zivilrecht überhaupt zu verstehen ist, daß es einer Reform nicht bedürftig ist.

Über — aus Richtung oder aus Jugend — hat einmal der Verfasser unterzogen, daß die in Bayern eingeleiteten 2385 Paragraphen durchgearbeitet, bekommt zunächst den Eindruck eines Wertes von imponierender Geschlossenheit. Will die Kritik einleiten, so wird es ihr sofort außerordentlich schwer gemacht: Das Ganze ist fest aneinandergefügt, und während die Kritik des Strafrechts sich damit begnügen kann diesen und jenen anfechtbaren Paragraphen z. B. den über den Diebstahl herauszunehmen und kritisch zu beleuchten, muß der Kritiker des B. G. B. jedesmal denken, wenn es über die in Angriff nehmen, wenn er es einigermaßen umfangreich durchführen will, muß bestimmte Leitende Prinzipien schaffen, die dem Ganzen als Richtschnur vorangeht werden. Als eine solche Maxima könnte man für das Strafrecht z. B. den Grundsatz aufstellen: Das Leben muß mehr geschützt werden als das Eigentum. Für das Zivilrecht gewinnt jenes Wort prinzipielle Bedeutung, das der österreichische Soziologe und Schriftsteller Georg Seltsch in seiner „Politik des Lebens“ prägte: „Nicht gleiches Recht, sondern ausgleichendes Recht.“ Das heißt: Die Forderung nach dem gleichen Recht für alle hängt zwar zu allererst demokratisch, demokratisch und in Zeiten politischer Stagnation sogar revolutionär, im Wirklichen aber ist es höchst reaktionär und nur zu sehr geeignet, die breiten Massen des schaffenden Volkes zu entsetzen. Man betrachte unter diesem Gesichtspunkt einmal die Bestimmungen des Rechts der Schuldverhältnisse im zweiten Teil des B. G. B.: die Vorschriften über den Abschluß von Verträgen über Miet-, Dienst-, Werk-, Leihverträge usw. sind auf der Basis des gleichen Rechts errichtet, d. h. der Gesetzgeber hat, um einen einzelnen Fall herauszugreifen, bei der Aufstellung der Paragraphen über den Dienstvertragsrecht und Pflichten beider Teile unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Gleichheit genau abgemessen. Ebenso im Falle des Mietvertrages. Hier aber liegt die fundamentale Fehlerquelle. Der Arbeitnehmer, der bei dem Arbeitgeber Brot zu finden hofft, der Wohnungsuchende, der bei dem Vermieter Unterkunft sucht, sie sind die wirtschaftlich schwächeren für die das gleiche Recht nichts, das ausgleichende Recht alles bedeutet. Ein Gelehrter, das allen Staatsbürgern gerecht werden will, darf nicht — wie es das B. G. B. unablässig tut — die wirtschaftlichen Bedingungen und Abhängigkeiten der einzelnen Klassen übersehen. Das Symbol von der Götter der Gerechtigkeit, die ihre Sprüche mit verbundenen Augen fällt, hat nur die volle bedingte Berechtigung; denn das Abwägen ist eine Tätigkeit, die volle Schärfe erfordert. Ein Gelehrter, das seine Bestimmungen nach diesen Gesichtspunkten richtet, wäre nicht für die Gerechtigkeit geschaffen, aber von welcher menschlichen Institution überhaupt kann man dies sagen? Wohl aber würde sich ein solches Gelehrter dem revolutionären Charakter unserer Zeit anpassen und einen organischen Ausdruck empfangen, der von seiner gegenwärtigen Starrheit wachsend abhinken würde.

Der gleiche Gesichtspunkt vom ausgleichenden Recht, sei nicht nur für die vertraglichen, sondern auch für die Verhältnisse des Erbes, Familien- und Erbrechts heranzuziehen. Beim Eigentumserwerb ist der Gesichtspunkt zu beachten, den wirtschaftlich Schwächeren eine gleiche gesellschaftliche Stellung einzuräumen als dem Stärkeren. Hierbei müßte sich der Gesetzgeber allerdings völlig von der durch die revolutionären Ereignisse überholten Auffassung freimachen, wonach das Privateigentum eine heilige, gewissermaßen von Gott selbst eingezeichnete Institution sei. Der Gesetzgeber der Zukunft kann in der Beurteilung des Privateigentums wenig von Rousseau lernen.

In den großen sozialen Bewegungen der Gegenwart spielt der Kampf für Mütter und Kind eine bedeutende Rolle. Während Normen an der Spitze der Länder markiert, die die erlösende Formel für die Gleichberechtigung des außerehelichen Kin-

des gefunden haben, stellt Deutschland dank einer bornierten Gelehrtenliste, die es noch immer fertig bringt, physiologische Normen mit moralischen Erwägungen zu verquicken, noch immer an letzter Stelle. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß auf diesem Gebiet schon die Säure abzuwaschen werden: mit um so größerem Nachdruck muß schon heute die Aufgabe der wirtschaftlichen Unterlegenheit von Mutter und Kind geltend gemacht werden. Das gleiche gilt für die Bestimmungen über die Ehe, ihre Anfechtbarkeit, ihre Abhängigkeit, die ihre Eingetragenenpflichten, wobei neben dem physiologisch-individuellen vor allem auch das wirtschaftliche Moment Berücksichtigung verdient. Das gleiche gilt schließlich auch von den Bestimmungen des ehelichen Güterrechts, das dem Zug der Zeit nach ökonomischer Verhältnisse folgend, künftig in weit größerem Umfange als bisher die Berücksichtigung der Ehepartner in Anspruch nehmen wird. In besonders schweren Kämpfen zwischen dem einzelnen und dem Staat wird die künftige Gestaltung des Erbrechts führen. Hier muß sich der Staat, der, je mehr wir uns dem Sozialismus nähern, umso intensiver mit dem Begriff der Gesellschaft wird, ein besonders starkes Vorrecht einräumen, um seinen Pflichten der Allgemeinheit gegenüber gerecht werden zu können. Es ist eine schon von den Rechtslehrern der Gegenwart viel behandelte Angelegenheit, daß der Staat dem Erbanteil mit zahlreichen Nachteilen und solchen den Erben künftigen oder adven oder jenseitigen Grades lüden muß, der zu dem Erblasser auch nicht mehr die besten Beziehungen hat, so, der sich vielleicht in einem anderen Weltteil längst eine neue Existenz gegründet hat. Hier muß ein strenges Zugriffsrecht des Staates geschaffen werden. Auch die Erbfolge zwischen nahen oder nächsten Verwandten muß in ganz anderem Umfange als bisher unter ein Steuerrecht gestellt werden, im Vergleich zu dem unter gegenwärtigen Erbschaftsteuer nur als eine Spielerei angesehen werden kann. Es geht nicht an, daß die nächsten Erben beinahe die Erbfolge in dem Gesamtvermögen des Erblassers, um dessen ökonomischer Wertung sie nicht, das nicht, beizubringen haben. Das Prinzip des ausgleichenden Rechts besteht im Erbrecht darin, die kleineren Vermögen in bedeutendem Umfange zu belasten, die größeren durch gewaltige Steuern bis auf ein Nichts einzuschränken; von einem möglichst ein zu begrenzenden Verwandtschaftsgrade aber — mindestens vom 3. Grade ab — hat der Staat das alleinige Konfiskationsrecht ohne Entschädigungspflicht.

Dies sind in großen Zügen die Gesichtspunkte, nach denen sich die künftige Reform des Zivilrechts zu richten hat. Die Arbeiterfrage, die heute ein nicht zu unterschätzender Wachstumsfaktor geworden ist, wird bei etwaigen Reformentwürfen ihre Stimme zu erheben haben. Sie lasse sich durch den Hinweis auf die Einheitlichkeit unserer Zivilrechts nicht täuschen. Der Bau ist morisch und reif berannt zu werden. In den Augusttagen des Jahres 1896 wurde das Zivilrecht von bürgerlichen Juristen beschlossen. Am 1. Januar 1900 trat es in Kraft. Heute, nach 25-jährigem Bestehen ist der Zeitpunkt gekommen, dieses mächtige Bollwerk der kapitalistischen Ära in Trümmer zu legen und es durch ein sozialistisches Gebäude zu ersetzen.

Die Aufhebung der Zwangsverwalterschaft.

Die Pressestelle des Reichsernährungsministeriums teilt mit: Eine Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bringt die erweiterte Aufhebung der Zwangsverwalterschaft für Kinder der alten Ernte (1920) bleiben noch einige Vorarbeiten der Zwangsverordnungen für Überwachungsbestimmungen bestehen. Namentlich wird die Übernahme der am 20. September 1921 in den Zuckerraffinerien vorliegenden Bestände an Verbrauchsgegenstände, die Verarbeitung der noch vorhandenen Bestände an Rohzucker und Zwischenzeugnisse aus der früheren Ernte geregelt. Im Zusammenhang mit der Aufhebung der Zwangsverwalterschaft wird auch die Verordnung über die Kontrolle zum 1. Oktober und die Verordnung über den Verkehr mit Eisensteinen zum 15. Oktober 1921 aufgehoben. Die Regierungen und die Landesverwaltungen sind ersucht, die Zwangsverwaltungsstellen für das Süßleitzuckererzeugnis in Würzburg bleiben bis zur Abwicklung ihrer Geschäfte bestehen. Die Ein- und Ausfuhr bleiben verboten.

Waldwinkeln.

Erzählung von Theodor Storm.

13. Fortsetzung.
„Nein, nein, Franz!“ sagte er. „Was beginnt du!“
— Er hatte das Mädchen zu sich herangezogen und küßte sie mit Leidenschaft. — „Veg, ihr fort, weit fort! zu deinen anderen Dingen. Was denkst du denn! Soll ich den Schlüssel an deinem Herzen binden?“
Sie wurde rot. „Was du auch gleich für Gedanken hast!“ sagte sie und steckte den Schlüssel in die Tasche.

Es war in der ersten Hälfte des August. Schwül waren die Tage; trüblich in der Mauer saßen die Vögel im Walde, nur einzelne prüllten schon das neue Vogelweiden mit weitestgehender, aber desto schöner waren die Nächte mit ihrer erquickenden Kühle. Draußen im Waldwasser, wo vordem die Iris blühten, um auf dem Hofe in der Tiefe des offenen Brunnens spiegeln sich jetzt die schönsten Sterne; im Nordosten des nächtlichen Himmels ergoß die Milchstraße ihre breiten, leuchtenden Ströme.

Nichard hatte während einiger Tage den nächsten Umkreis des Waldwinkels nicht verlassen; ein Körperleiden aus den Jahren einer Perle, die nicht nur im Kopfe des Wirteladvokaten spulte, war wieder aufgetaucht und hatte wie eine lähmende Hand sich auf ihn gelegt.

Jetzt sah er, die linde Nacht erwartend, auf einer Holzbank, welche draußen vor der Umfassungsmauer angebracht war; an seiner Seite lag ein löwenhafter Hund. Stern um Stern brach über ihm aus der blauen Himmelsferne; er mußte plötzlich seines Augenblicks gedenken. — Wo — was war Franziska zu jener Zeit gewesen? — Ein Nichts, ein schlafender Keim! — Wie lange, lange hatte er schon geteilt! — Die Talmaide entlang begann ein flüster Hauch zu wehen; er hätte wohl lieber nicht in der Abendluft dort sitzen sollen.

Da schlug der Hund an und richtete sich auf. Gegenüber aus den Lammern ließen sich Schritte vernehmen, und bald erdicht die schlanke Gestalt ein 3 Mannes, rich auf dem Fußsteige hinabstreichend. „Ruhig, Leo!“ sagte Richard, und der Hund legte sich gehorlich wieder an seine Seite.

Der Fremde war indessen nähergekommen, und Richard erkannte einen jungen Mann in herkömmlicher Jägertracht, mit dunklen krausen Haar und kalten Gesichtszügen; sehr nette Zähne blinkten unter seinem jungen Zwielferscheit, als er jetzt, leichtsinnig die Waise riefen, „guten Abend!“ bot.

„Sie wünschen etwas von mir?“ sagte Richard, indem er sich erhob.

„Von Ihnen nicht, mein Herr; ich wünsche das junge Mädchen in Ihrem Hause zu sprechen.“

Es war eine Zuversichtlichkeit des Tones in diesen Worten, die Richard das Blut in Wallung brachte. „Und was wünschen Sie von ihr?“ fragte er.

„Wir jungen Leute haben auf Sonntag einen Tanz im Städtchen drüben; ich bin gekommen, um sie dazu einzuladen.“

„Dart ist fragen, wenn sie diese Ehre danken sollte? Ihrer Schwache nach sind Sie nicht aus dieser Gegend.“

„Ganz recht,“ erwiderte in seiner unbeduldeten Weise der andere; „ich verwalte nur während der Watsung die erledigte Försterei der Herrschaft.“

„Aber Sie irren sich, Herr Förster: die junge Dame, die in meinem Hause lebt, behält nicht solch Länge.“

„Oh, mein Herr, es ist die anständigste Gesellschaft!“

„Ich zweifle nicht daran.“

Der andere schweigend seinen Augenblick. „Ich möchte doch die junge Dame selber fragen!“

Der Teufelskultus.

In München, der geeigneten Residenz, der Hauptstadt des reaktionären Staates in der deutschen Republik, ist gestern der diesjährige Parteitag der Teufelskultus eröffnet worden. Es spielte sich gleich am ersten Tag ein Vorkriegs, der regelungen ist für die kommende Entwicklung im Reich. Nach den Beschlüssen der Teufelskultus fand der Sohn des bekannten Zentrumsführers Spanien auf und erklärte seinen Abtritt zur Teufelskultusaktion in der Partei, was mit entzündlichem Beifall aufgenommen wurde. Später erklärte, er habe eine schwere Krankheit innerhalb der Teufelskultuspartei voraus. Für ihn ist die Intensivierung der Partei heute bereits so weit vorgeschritten, daß durch die Augen, die Erzeuger tragen, kein Wunder mehr eintreten und die Entwicklung nicht mehr aufgehoben werden könne. Heute am Freitag wird sich der Parteitag in der Hauptsache mit Steuerplänen befassen, in welcher Art und Weise wohl man schon vorher.

Stegerwald.

Halbsamlich werden die Nachrichten über eine Umbildung des preussischen Kabinetts für mindestens verzweifelt. Wir haben diesen Meldungen nie geglaubt; denn wir kennen Stegerwald. Bis zum letzten Augenblick hat das Kabinet Stegerwald-Dominicus, das Kabinet mit den vielen demokratischen Ministern, den Bollwegungsaußen verteidigt. Gegen den Willen und gegen den Widerspruch dieser sogenannten Demokraten hat der Reichspräsident den Bollwegungsaußen in Preußen aufgehoben. Die Regierung Stegerwald-Dominicus unterwarf sich von der Regierung Kahr in nichts außer darin, daß sie schwächer ist. Stegerwalds Vize, „Der Deutsche“ führt einen jählichen erlösenden Kampf gegen die Reichsregierung, und die Stegerwald-Beute stehen innerlich ganz nahe bei dem Prof. r. Martin Spann, der loeben in München seinen Abtritt zum Zentrum zur Teufelskultuspartei vollzogen hat. Die Umbildung der Regierung in Preußen kann keine Umbildung der Regierung Stegerwald sein.

Ein sprechendes Plakat.

Gemeinhin sind Plakate flumm. Unter den Plakaten, die in Berlin anlässlich der Demonstration am Mittwoch getragen wurden, fiel eines auf, das trotz seiner Stumpfheit von dem Verwaltungselend der Republik ein sprechendes Zeugnis ablegte. Es hatte folgenden Wortlaut:



Man muß fragen, ob mit dem Beamten der Minister, Genosse Bauer, gemeint ist oder ob vielleicht noch ein weiterer Beamter in dieser Verteilung des Ministeriums beschäftigt ist, der für die Vertaffung der Republik eintritt, wenn er seine Gehaltszahlung unterbricht.

Die Griechen legen wieder.

Misen, 1. September. Antlicher Kriegsbericht vom 31. August: Nach den bis gestern abend eingegangenen antlichen Berichten ist der Streit nach einer lebhaftigen erlösenden Schlacht bei den stark besetzten Anhöhen des nördlichen Ufers der Gölze bei Göl und Kastranj auf der ganzen Linie gewichen.

Die Schlacht fand auf einer Front vom Dorfe Grol an dem nördlichen Ufer des Sagaros bis 60 Kilometer östlich davon statt. Die auf dem Rückzuge befindlichen türkischen Streitkräfte werden von den griechischen Truppen hart verfolgt.

Verständlicher Form. In Spreyer waren bei der gestrigen Kundgebung Demonstrationen in die den Regierungsgedanken noch befindlichen Monarchenbilder und Wäpfen auf der Straße.

„Nehmen Sie sich nicht weiter, Herr Förster!“ sagte Richard.

Ein scharfer Blick fuhr aus den Augen des jungen Weibchen: er sah in seinen Händchen; dann rühte er, wie zuvor, leichtsinnig die Waise und ging, ohne ein Wort zu sagen, den Fußsteig, den er gekommen war, zurück. Auf halbem Wege wandte er sich noch einmal und warf einen Blick nach den Finstern des Waldwinkels; bald darauf verlor er brühen in dem schwarzen Schatten der Lammern.

— Während der Hund, wie zur Waise, noch unbeweglich an dem Rande der Wiesennähe stand, war Richard ins Haus zurückgegangen. Als er oben in das Wohnzimmer trat, sah er Franziska am Fenster stehen, die Stirn gegen eine der Glascheiben gedrückt; ein Staubfuch, das sie vorher gebraucht haben mochte, hing von ihrer Hand herab.

„Franzi!“ rief er.

Sie kehrte sich, wie erschrocken, zu ihm.

„Sahst du den jungen Mann, Franz!“ fragte er wieder. „Es war derselbe, der uns in letzter Zeit ein paar mal im Oberwald begegnet ist.“

„Ja, ich bemerkte es wohl.“

„Hast du ihn sonst gesehen?“ In Richards Stimme klang etwas, das sie früher nie darin gehört hatte.

Sie blinnte ihn forschend an. „Ja?“ sagte sie. „Wo sollte ich ihn sonst gesehen haben?“

„Ahn — er war so gültig, dich zum Tanze zu laden.“

„Ach, Tanz?“ Und ein Blitz von heller Jugendlust löpft durch ihre grauen Augen.

Er sah sie fast erschrocken an. „Was sagst du, Franz!“ sagte er. „Ich habe ihn natürlich abgewiesen.“

„Abgewiesen!“ wiederholte sie tonlos, und der Glanz in ihren Augen war plötzlich erloschen.

„War das nicht recht, Franz? Soll ich ihn zurückrufen?“

(Fortsetzung folgt.)

Konervative Unterdrückung früher und die Anwendung für heute.

Die Deutschnationalen zern genügt über die Unterdrückung und die Bedrohung, mit denen die Republik sie, die doch rein garnichts gegen die Republik haben, angeblüh verfolgt und frachtet. Wie war es denn früher bestellt, als die Konventionen noch das Heft in Händen hatten. Eine kleine Minderzahl von Disziplin Urteilen des preussischen Oberverwaltungsgerichtes dürfte genügen. Ein Beamter verlor damals die Pflanzung seines Amtes, wenn er in dem oberberuflichen amtlichen Auftritte wider die amtliche Pflicht des Gehorsams oder wider die Amtspflicht der rückfichtsvollen Achtung gegenüber den Inhabern öffentlicher Ämter oder den Behörden verfiel. Wie wäre es nun, wenn die heutige Regierung von dieser ehemaligen konservativen Praxis Gebrauch machte und gegen die deutschnationalen Beamten, welche ungeniert die Republik als „Schwieberrepublik“ abtun, über die Reichsgerichte als „Subversive“ urteilen und es an der Leitung vor dem Reichsoberverwaltungsamt lassen, disziplinarisch vorgehe? Ganz unzweifelhaft als Beamter, denen ein Beamter nicht anständig dürfte. Einem Beamten, der es verdient, sozialdemokratische Verurteilungen irgendwelcher Art, z. B. durch Überlieferung von ihm gehörigen Räumen. Auch andere Umstände, wie die Beteiligung an einer sozialdemokratischen Versammlung in sachlicher Distinktion, die Benutzung der persönlichen Wohnung durch Handbinder dem Agitator (so wörtlich in einem Artikel vom 20. 11. 1897) soll der Beamte bei Verlust seiner Stellung vermerken. Sogar das Vermieten einer Wohnung an einen sozialdemokratischen Führer war ein Disziplinarverbrechen. Ein Bürgermeister, der der Sozialdemokratie einen fühlbaren Saal zur Abhaltung einer Versammlung vor einer Reichstagswahl überließ, mußte dies mit dem Verluste seiner Stellung bezahlen. 1914 im August konnte man allerdings keine Parteien mehr nach 1918 im November forderte der ehemalige Reichsminister Max von Baberghoffen-Göhlen, der in der Sozialdemokratie vertrauensvoll auf, die von dem Stumpfgehirnen Staatsstärken wieder herauszugeben. Dazu waren wir gut genug. Früher haben die Konventionen aus Genuß zur Stille ihrer ausbeutenden Klassenherrschaft ganz ungeniert in der Verwaktung alles ausgerottet, was nur irgendwie in den Verdacht kam, die konservativ Wirtschaft nicht mitmachen zu wollen. Grundlag war: Ein Beamter kann betrogen und unterschlagen, das läßt sich wieder einrichten; politische Unrichtigkeit aber muß zur rückfichtsvollen Entlassung führen. Die Republik braucht durchaus nicht in diese engherzigen konservativen Gepflogenheiten zu verfallen, aber sie ist es sich selbst und der republikanisch gemühten erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung schuldig, daß sie Anhänger einer Partei, die der deutschnationalen, die eingekerkerten werden den Sturz der Republik anstreben, in ihrer Verwaktung nicht duldet. Wollte nachdrücklich ist schließlich Dummheit und Selbstmord. Die von den Deutschnationalen propagierten Zustände sind überreif zum Zusammenbruch. Es heißt, seit durchgreifen und sich nicht durch Strohblößen der Betroffenen verurteilen lassen. Das Oberverwaltungsgericht hat ja die nötigen Waffen dazu gegeben.

Das Mostenverteilungsrecht der Frontkämpfer.

Mit nur einem nassen Auge und einem heiteren Lichte man folgende rührende Geschichte im „Vorwärts“:

In rührender Aufmachung berichtete das „Deutsche Abendblatt“ des Herrn Wulle kürzlich über die angeblüh Mithandlung eines Teilnehmers des „Frontkämpfers“ durch die Schulpolizei.

Der phantastische Darstellung liegt folgender wahre Sachverhalt zugrunde: In der Nacht nach dem Frontkämpfermumm begabene eine Streife der Schulpolizei in der Bergstraße zu Neustadt einem Mann, der eine Uniform ähnlich der der Schulpolizei anhatte. Die Streife hielt den Mann, der ein Seitengewehr umgehängt und einen Anschlag hatte, erst für einen Kameraden und sprach ihn an. Als sich dann herausstellte, daß es kein Schulpolizist war, wurde er zur Rede gestellt, was er eigentlich vornehme. Er behauptete dabei, die Schulpolizei zu sein, konnte aber keine Ausweise vorlegen. Schließlich stellte er sich vor als Angehöriger des „Vorwärts“ und als Angehöriger der Schulpolizei. Er wurde in die Schulpolizei eingelassen und dort in die Schulpolizei eingelassen. Er wurde in die Schulpolizei eingelassen und dort in die Schulpolizei eingelassen.

W. machte übrigens den Eindruck eines etwas gelleschwachen Menschen.

Das deutschnationale Blatt hätte alle Ursache gehabt, über diesen für ihn mehr als blamablen Vorgang zu schweigen, der zeigt, welcher Art die „Frontkämpfer“ im Glauben waren. Wir möchten hoffen, daß die Polizei in der Kleinen Hamburger Straße 16 inzwischen nach dem Rechten gewiesen hat.

Begnadigungen in Mitteldeutschland.

Die Regierung stellt sich veranlaßt, auf Grund der Vorwürfe, die in der gestrigen bürgerlichen Presse über unzulässige Begnadigungen der von den Sondergerichten verurteilten Personen erhoben worden sind, einen Verordnungsartikel loszulassen. Wir haben ein zureichende Begnadigung nicht konstatieren können und halten deshalb auch die Verordnungsnotwendigkeit nicht für notwendig.

Notizen.

Der Belagerungsstand in Groß-Streffitz und Stadt- und Landkreis Beuthen ist aufgehoben worden.

Der General Fernd begab sich mit dem Vorbesprez nach Obersiebenbrunn.

Sriand und Doucheur. Die die Abendblätter melden, hätte Ministerpräsident Briand heute eine Besprechung mit Doucheur über die Einzelheiten des Wiesboder Abkommens.

Das Abend in Polen. Ein Leser unseres Blattes bekam gestern einen Brief eines Freundes aus Ditzlow. Danach sollen zurzeit dort: Ein Bunt-Brund-Brot 200 Mt., eine Mandel Eier 100 Mt., eine Zwiebel 2 bis 3 Mt., ein Kohlkopf 50 Mt. Ein Volkskuchlehrer besteht jährlich 150 000 Mt. Gehalt und kann damit nur unter größter Entbehrung sein Leben fristen.

Zwischen dem Gestischen Verlag und dem früheren Kaiser ist es nunmehr doch zu einer Verständigung über die Verletzung des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks gekommen. Wilhelm II. hat unter Verzicht auf den längst noch vom Kaiserreich anerkannten Urheberrechtlichen Schutz den Abdruck der ihm und Kaiser Friedrich verfallenen Briefe gestattet.

Der Papierpreis für Zeitungsdruckpapier ist für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember d. J. um 17,50 Mark für 100 Kilo Rollenpapier, also durchschnittlich um 384 Mark erhöht worden.

In Münschen-Schloß herrschen Typhus und Ruhr. In der Stadt kamen bisher 67 Typhusfälle, 52 Typhusfälle und 4 Typhusfälle, im Landkreis 27 Typhusfälle, 38 Typhusfälle und 11 Typhusfälle. Die Epidemie scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Auch im Kreise Grevenbroich hat die Ruhr mehrere Todesfälle gefordert.

Landbundesrechnungen.

Wir sehen uns öfter gewungen, den Rechenkünstlern im Landbund ein wenig auf die Süßherzen aus zu treten. Diese reagieren dann manchmal in ziemlich pugner Weise darauf. So auch in der letzten Nummer vom 27. Aug. des „Landbunds“, der Zeitungs des Landbundes der Provinz Sachsen ein Herr R. H. auf die Verdrängung der Anholtenrechnung eines kleinen Landwirts aus dem Brandenburgerischen in Nr. 192 der „Volksstimme“. Der Herr vom Landbund überbricht die ganze Sache mit „Kohlenrote Roggenrechnung“ und ist dabei erlautet, daß der erwähnte kleine Landwirt auf seinem halben Morgen 6 A 1/2 t Land eine ganz andere Rechnung aufmachte, als der Mann am Schreiberischen des Landbundes. Denn das ist der Vorgang aller Rechnungen in der „Volksstimme“, daß sie auf Grund tatsächlicher Betriebsergebnisse aufgebaut sind. Es weichen deshalb gewöhnlich von dem vom Landbund bevorzugten Durchschnittsertrag vor Morgen ab, und sind in Bezug auf die einzelnen angegebenen Anholtenposten deshalb auch manchmal höher, bei anderen wieder desto niedriger. Sie bauen sich aber auf tatsächliche Ergebnisse auf, während die Landbundesrechnungen als Quantitätsabstrakte sind, Produkte einer lediglich einflussreichen Phantasie, wie man selbst aus der nach altsächsischer Kostenreinerie gewählte Verdrängung mit Komponenten-Geldsagen „Kohlenrote Roggenrechnung“ ersehen kann.

Um meinet hat es aber besagtem R. H. angefallen, daß der kleine Landwirt, unter Parteigenosse aus Brandenburg, in seiner Rechnung nichts für die Unkrautbeseitigung unter Ausgaben eingestrichelt hat. Der Landbundsminister geht sogar soweit und prognostiziert: der Reichswirtschaftsminister Gen. Schmidt werde deswegen bei Eröffnung der Goldwette in der Landbundesrechnung in Ditteln greifen. Unsere kleine rote Freundin“ so betitelt er die „Volksstimme“, „ist bei Potentim in die Rechenstunde gegangen.“ Alles von wegen der mangelnden Unkrautbeseitigung. — Wir gehen es eben vor, lieber anders gearietes Unkraut zu vertilgen.

Aber weil uns besagter R. H. in jenem Artikel zweimal so jämlich „Unsere kleine rote Freundin“ betitelt, wollen wir nicht so groß sein, ihm selbst dafür auf die Süßherzen aus zu treten. Wir überlassen das dem großen Erben der Freundin, dem „Vorwärts“. Wir wollen nachher sehen, in welcher Art und Weise der Landbund sich mit dem aus einanderstellt. Auch der „Vorwärts“ hat die Landbundesrechnung, nach der auf jedes Brot 95 Mt. vom Landwirt angerechnet werden, unter die Lupe genommen und schreibt speziell zur Unkrautbeseitigung:

„Was die Unkostenberechnung in dieser Aufmachung betrifft, die angeblich aus 1000 jährlichen Betrieben errechnet sind, so wollen wir diese nicht beanstanden, wenn schon es auffällt, daß gerade beim Roggen, in dem die Weidzahl der Landwirt eine direkte Unkrautbeseitigung nicht vornimmt, in den 1000 jährlichen Betrieben je Morgen für Unkrautbeseitigung durchschnittlich 20 Mt. aus gegeben worden sind. Bei anderen Getreidearten wäre dieser Posten nicht zu beanstanden. Wir wollen uns ferner merken, daß in dem Betrage von 925 Mt. des Morgens alle Ausgaben, auch Zinsen, Steuern und Zinsen enthalten sind, so daß jeder Kleinrentner einnabme, der sich darüber hinaus ergibt, Zinsenüberschuß ist, den der Landwirt über die übliche Veranlagung hinaus in die Tasche stecken würde.“

Bei den Einnahmen der Aufmachung trifft die Bemerkung, „das Stroh findet Verwendung in der eigenen Wirtschaft“ nur zu einem Teil zu. Hier handelt es sich um eine bewußte Verfälschung der öffentlichen Meinung, denn der Bauer trägt sich das Stroh in den Preisen für die damit erzeugten Produkte gut bezahlen. So sind

14 Jentner Stroh je 15 Mt. = 210 Mt. auf der Einnahmeleiter nicht gebucht. Nach Berechnung dieses großen Fehlers ergibt sich, daß 15 Mt. von dem gesamten 7 Jentner Roggen zu 105 Mt. abgezinst werden, ein Zinsenüberschuß von 20 Mt. je Morgen, aber kein Profitbetrag.

Das ganze Mißverhältnis der Landbundesrechnung an das deutsche Volk stellt sich also schon beim ersten Anlegen der kritischen Sonde als ein großer Schwindel dar. Der Landbund Provinz Sachsen hat sich im Gegenteil das unbestreitbare Verdienst erworben, aus 1000 Wirtschaften den Beweis dafür erbracht zu haben, daß die deutsche Landwirtschaft selbst dann noch ein recht auskömmliches Geschäft machen würde, wenn sie zu den gesetzlichen Umlagepreisen alles Getreide abliefern müßte.

Der Reichsernährungsminister und die bürgerlichen Parteien haben aber dafür gesorgt, daß die Landwirte auch die „erforderliche Luft“ um den nötigen Anreiz zur Produktion bekommen. Deshalb hat man von der Ernte nur einen Bruchteil beschlagnahmt. Gering geschätzt beträgt die diesjährige Ernte an Roggen, Weizen, Gerste und Hafer mindestens 15–16 Millionen Tonnen. Davon sind nur 3 Millionen, also nur ein Fünftel, zu Höchstpreisen beschlagnahmt, während der Fünftel zur Verfügung des Landwirts bleiben, die er entweder auf dem Markte verkaufen oder lohnend in der eigenen Wirtschaft verwerten kann. Wenn der Landbund Provinz Sachsen die Selbstkosten für 1 Jentner unlagere Getreide auf 213,00 Mt. berechnet, so ist das schon deshalb ein ausgefallener Schwindel, wie weit ja, wie wir gesehen haben, gar kein Defizit zu denken ist. Während das Zentrum die vorliegenden Produktionskostenberechnung in der Wirtschaft vorliegenden Anteil der Produkte (Stroh, Selbstverforgungsdeputats- und Futtergetreide) einfach bei den Einnahmen außer Ansatz zu lassen, eine plumpe Spekulation auf die Unwissenheit und Unerschaffenheit weiter Kreise des Volkes in landwirtschaftlichen Dingen darstellt. Alles, was in der Wirtschaft von den Erzeugnissen bleibt, wird heute dort sehr gut verwertet. Außerdem werden dem einzelnen Landwirt auf die Umlage die Selbstverforgungen und die Deputatsleistungen wohl angedreht. Es bleibt also nicht daran zu rütteln, daß vier Fünftel der Ernte für den Landwirt zur freien Verfügung bleiben und daß mit diesen vier Fünfteln auch nicht ein Wenig Verlust vom Umlagegetreide zu denken ist.

Deutschnationale Katholikenhebe.

In der letzten Zeit ist zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum ein Kampf entbrannt, an dem die sozialdemokratische Arbeiterpartei nicht ohne Bedeutung zu haben scheint. Während das Zentrum bis zum Weltkrieg die Konventionen außerordentlich nahe stand und in entscheidenden Abstimmlungen der schwarz-blauen Block fast immer treu zusammenhielt, machte sich während des Krieges — dank vor allem dem fräftigen Einflusse Bergers — eine demokratische Strömung geltend, die nach der Revolution mehr und mehr an Umfang gewann. Je mehr der Arbeiterfingel des Zentrums über die konservativ gerichteten Mitglieder die Oberhand gewann, um so tiefer wurde die Klüft, die die Deutschnationalen zum Zentrum trennte. Heute ist die Lage so, daß nur eine geringe Anzahl von wenigen Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion mit Angehörigen des Zentrums und umgekehrt sympathisieren.

Von dem Augenblick an, in dem sich diese Dinge so gestalten, stehen die Deutschnationalen ihrer Masse fallen und ergriffen gegen das Zentrum einen Kampf, der auf dem Gebiet der Konflikte verläuft, wobei ein amten Kulturkampf verweilt ähntlich ist. Die Deutschnationalen betreiben heute gegen den Katholizismus eine Hebe, die der gegen das Zentrum an Reichweite der Mittel und Gewinnung kaum nachsteht. Das Zentrum nimmt diese unehrlichen Anspielungen natürlich nicht mit Stillschweigen an, sondern das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“, erwiderte in mehreren recht erregten Artikeln auf die Angriffe. Auf die Dauer müssen diese Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen insbesondere auf die katholischen Zentrumskräfte außerordentlich verheerend wirken. Die katholischen Arbeiter müssen erkennen, daß man sie mit den gleichen Mitteln betampft, die man der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gegenüber angewandt jahrelangst für gut befand.

Die Sozialdemokratie hat alle Ursache, den immer heftiger werdenden Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen besagte größte Aufmerksamkeit zu widmen. Sie muß hierdurch die Bedeutung des Sozialismus als demokratischen Arbeiterpartei und dem Zentrum naheherenden Arbeiterpartei innerlich festigt werden muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine große Zahl der katholischen Arbeiter durch die Anwürfe von rechts dazu veranlaßt werden wird, sich mehr als bisher mit der Gedankewelt des Sozialismus zu befassen in der Erkenntnis, daß dieser allein geeignet ist, jede funktionelle und politische Verwerfung rechtlos zu beseitigen. Und doch ist es nicht das Ziel der Sozialdemokratie aus unerbittlicher Verbitterung heraus neue Anhänger zu gewinnen, sondern diese müssen durch selbstgewonnene Einsicht den Weg finden lernen, der die beste Waffe gegen die Deutschnationalen ist. In der Lebensaufgabe werden sich die Zentrumskräfte mit den katholischen Arbeitern verbinden muß und mehr verstehen lernen, und es ist zu hoffen, daß sich in der gestiegenen deutschen Arbeiterpartei jene „Einheitsfront“ anbahnt, die von den Deutschnationalen stets mit Kathos gelebert, in Wirtschaft aber durch ihre heftigste Politik unmöglich gemacht wurde. Die sozialistische Arbeiterpartei kann mit entscheidenden Arbeitern ein Stück Weges zusammengehen; in den Anhängern der Arbeiterpartei gibt es keine Gemeinschaft. Selbst wenn einige Arbeiter in völliger Freizügigkeit noch immer ihre Stimme den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geben, so muß es die Aufgabe sein, diese Arbeiter aufzuklären und sie über den arbeitervirtuellen Charakter dieser Parteien zu unterrichten. Man muß heute schon sagen, daß zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum der Klassenkampf in voller Schärfe entbrannt ist. Wer in diesem Kampfe scheidet, ist unwiderr vorauszusehen. Die katholische Arbeiterpartei hat hier in Gemeinschaft mit den sozialistisch und freierwerthlich organisierten Arbeitern eine bedeutende Aufgabe zu lösen. Sie energischer je angepaßt wird, ein umso glücklicherer Ende wird die widerliche Katholikenhebe der Deutschnationalen nehmen.

Aus aller Welt

Ein überführter Mordmörder. Der Jenerer Polizeibericht besagt, daß der am Mittwoch wegen Mordverdachts verhaftete Schweizer Willi Wenzel fünf Menschenleben auf dem Gewissen hat. Wenzel hat folgende Verbrechen ermorde: Am 1. August 1917 die 19 Jahre alte Alma Spindler aus Krailsdorf, am 1. oder 2. Februar 1918 seine beiden Komplizen, die Einbrecher Paul Hart und Karl Heubert, am 19. November 1920 die 16jährige Maria Nage. Die Weibchen, die der Mörder auf seinem Veruratnnd in Jena verurteilt hatte, sind zum Teil bereits ausgewandert worden. Der Mörder ist am 11. Mai 1894 in Jena geboren.

Ämtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Die für das Rechnungsjahr 1921 von den städtischen Körperschaften beschlossene Erhebung von Zuschlägen zu den Realsteuern hat die Genehmigung der zuständigen Behörde erhalten.

Es werden demgemäß im Rechnungsjahr 1921 erhoben:

- a) 822 Prozent des Ertrages der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Gemeindegründsteuer von ein Prozent des gemeinen Wertes der bebauten und 2 Prozent des gemeinen Wertes der ungebauten Grundstücke (§§ 2 und 3 der Grundsteuerordnung);
- b) 683 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer — 223 Prozent der sich aus der besonderen Gewerbesteuer-Ordnung der Stadt Halle ergebenden Steueranteile;
- c) 300 Prozent Zuschlag der staatlich veranlagten Betriebssteuer.

Weben der für die Abhebung der fälligen bestimmten festen Gehühr von 3/5 Prozent des Ruhungswertes des Grundstückes wird eine Kanalbenutzungsgebühr von 5 Prozent des Ruhungswertes der angehlossenen Wohnungen erhoben.

Halle, den 30. August 1921. Der Magistrat.

Bekanntmachung.
 Öffentliche unentgeltliche Schutzpockenimpfungen finden statt: In Halle: Rathaus, am 5. September, nachmittags 4 Uhr, im Schulgebäude Petersbergstraße 90.

in Halle: Giebichenstein, am 2. und 9. September, nachmittags 4 Uhr in der Turnhalle der Mittelschule, Friedensstraße 33;
 in der Altstadt, in September an jedem Dienstag, nachmittags 4 Uhr in der Turnhalle der Schule, Torstraße 13/14, und an jedem Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in der Turnhalle der Volkshaushalle, den 29. August 1921.
 Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.
 Übergabe der Neupflasterung der Besenere Straße zwischen Karstein- und Augustagenstraße
 am Freitag, den 9. September, vormittags 10 Uhr im Magistrats-Büro I, Zimmer Nr. 23 des Wägebaugebäudes. Bedingungenunterlagen sind beliebig zu haben.
 Halle a. S., den 30. August.
 Städtisches Tiefbauamt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Garbe, für den Anzeigenteil Wilhelm Gerata, beide in Halle.

Aus Kreisen des kaufenden Publikums wird darüber Klage geführt, dass Ladengeschäfte, die über Mittag schliessen, dies nicht einheitlich, sondern zu verschiedenen Zeiten tun. Wir glauben deshalb, den Inhabern von offenen Verkaufsstellen, welche über Mittag geschlossen halten, empfehlen zu sollen, bei der Schliessung einheitlich zu verfahren und möchten zu diesem Zweck anregen, für den Mittagschluss die Zeit von 1 bis 2.30 Uhr zu wählen.

Die Handelskammer zu Halle.

Verband der Fabrikarbeiter.
 Zahlstelle Halle a. S.
 Am Sonntag, den 4. September, vorm. um 9 Uhr findet im „Volkspark“ unter
General-Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 1. Berichts- und Rechnungsbild. Bericht der Realisoren.
 2. Stellungnahme zur Beitragsregelung. (Kartellbeiträge.) resp. Vorläufige.
 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedschaft oder Karte kein Zutritt.
 Um schließliche Beteiligung ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

Kieler-Fischbörse
 Stelauweg 19
 empfiehlt aus frischer Ladung

Schweineschmalz	Pfd.	12.50
Margarine	"	10.50
Frachv. Rollschinken	"	20.00
Rippenspeck	"	14.00
Bauchspeck	"	13.00
Prima Fleisch-Salat i. Maj.	"	16.00

Wiederverkäufer Extrapreise.

Billiger Fleischverkauf!!

la. Bandschweinefleisch	a. a. Pfund	17 Mk.
la. Mettschweinefleisch	"	11-12
la. Mettschmalzfleisch	"	11-12
la. Raubfleisch	"	11-12
la. Rautschinken	"	14
Die feinste Roh-, Leber- u. Schmalzmarke	"	19
Gehacktes Schweinefleisch	"	15
Mettschmalz	"	20
Polnische Knochenfleisch	"	5

Bitte wegen großen Andranges schon Freitag zu kaufen!
Rob. Hammer, Fleischermeister,
 Kleine Klausstraße 2, Telefon 2097.

Von der Reise zurück.
Prof. Kauffmann
 Facharzt für Suggestionen- und Hypnosebehandlung.
 Löwenapotheke, Markt.
 Sprechstunden: 8-10 außer Sonnabends.

Spülapparate
 Irrigatoren
 Spülmittel
 Gummischläuche
 für Irrigatoren
 Damenbinden
 und
 Gürtel
C. Klappenbach, Grosse Ulrichstrasse 41.

Unsere billigen Preise
 sagen Ihnen alles.

Herbst- und Winterneuheiten!

Damenhüte

Velourettes Mk. 30 etc.
 Reisehüte Mk. 26 etc.
 Unsere Reklamehüte eigener Fabrikation (Lall Formen u. Farb.) ab 12-15 Mk.
 Velourhüte in allen Farben 120-150
 Samt-, Cylinder-, Plumes- und Fantasie-Hüte in grössler Auswahl.

Herrenhüte

in allen modernen Formen u. Farben
 Mark 38- 48- 58- 68- 78- 88-

Sport-Mützen
 Mark 16- 24- 28- 36- 48-

Siroh- und Filzhut-Fabrik

Herold & Schröder

Grosse Steinstr. 33 :: Grosse Ulrichstr. 10.

Krawatten-Verkauf!

Moderne Binder	9.90
Elegante längsgestr. Strickbinder	12.50
Bügelbinder in allen Farben	4.00 3.90
Regattes 9.90	Regattes breite Form 11.50
Schleifen 6.50	

Enorme Auswahl! Billigste Preise! Gute Qualitäten!
Dauerwäsche-Vertrieb, Rf. Berlin 2, 1 Tr., Einn. Sternstr.

Stellen finden.
Maurer
 stellt ein
J. C. Möbus, Baugeschäft, Ammendorf.

Karosserie-Sattler
 erfindliche selbständige Arbeiter, von Hamburger Karoffelfabrik in dauernder Stellung gesucht.
 Angebote unter H. G. 2857 an Ala. Haasenstein & Vogler, Hamburg 11.

Waltergehilfen
 heißt ein
Wilhelm W 11,
 Zietenstraße 6.

Billigste Bezugsquelle für
Matratzen
 mit Seinen und Dreieckigen, für Wasserbetten, engl. Bettstellen, pr. f. starkes Holz und Metallarbeiten.
 Salzenmitragen, Chaiselongues m. pr. Bezügen, Verab. Püsch- u. Stoff-Sofas Klub-Sofas u. Sessel.
 E. Mass, Charlottenstraße 9, Fernsprecher 3521.

Kapital zu leihen gesucht!
 Junger strebsamer Mann sucht zur Gründung eines Geschäftes bis 1. Oktober 1921 aus Privathand ca. **6000 Mk.** zu 10% Zinsen gegen Wechsel oder Schuldschein auf 2 Jahre zu leihen. Ernstes Verlangen. Preiswertes Offerl. sind un. R. K. 250 an die „Volkshaus“ Halle zu richten.

Stadt-Theater
 Sonnabend, d. 3. Sept. Anfang 7 1/2, End 10 Uhr
 Gastspiele
 Kammer-änger
 Dr. Paul Kuhn, Berlin, Ernst Possony, Leipzig.
Das Rheingold
 Sonntag nachm.: Jugend.
 Sonntag abend: Der Barbier v. Sevilla.

Vermischtes
Solbad Fürstental
 Stark radiumhaltige Salzwasserquelle, natürl. Schwefelwasser, Moorbäder und alle medizinischen Bäder. Restaurant mit schönem solarien Garten.
 Robert-Franz-Str. 10. Telefon 2640.

Klinge Frauen
 verschleim nicht die Reizung und Entzündung. Lassen Sie sich nicht täuschen durch meist wertlose Präparate. Wenn alles vergeblich kann nur noch mein **erprobtes Spezialmittel** helfen, auch in älteren Fällen ohne Verabreichung von Betäubungsmitteln. Sie mit einer erfahrenen Frau, und schreiben Sie sofort, auch Sie werden mir dankbar sein. Unschuldig! Garantie! Zu jeder, reicher Versand per Nachnahme.
 Frau Albus, Rudolf-Hagenstr. 33, II

Pianos
 abgeben und preiswert verkaufen. Beste, zuverlässige, einjährige Ausführung. Sichert Garantie.
 Albert Hoffmann, Am Stiebelstr. 11.

Sportmützen
 in allen modernen Farbenpreiswert bei Gr. Klausstr. 35.

Kranke aller Art
 auch solche, die andere Kurven vergeblich probiert, erhalten gewiss eine homöopathische Behandlung.
 Urin ist mitzubringen. Magens, Nieren- und Blasenleiden, Weissen, leiben u. Fiebern, selbst veraltete Fälle, werden behandelt.
 Gallenleiden werden durch Spezialbehandlung ohne Operation und schmerzlos entfernt.
 Kräfte (entsetzt-Schwächen) wird innerhalb 3 Tagen ohne Verabreichung geruchlos beseitigt.
 Auskunft erteilt
Frau Kautenberg,
 Merseburg, — Neumarkt 68. —

Bei Einkaufen
 bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Gebrauchte
Pianos
 wie neu aufgearbeitet, in großer Auswahl vorrätig bei
B. Döll,
 Gr. Ulrichstr. 33/34.

Woll- und Weißwarenhaus
 Markt 6.

Bettzeuge	14.50	14.25
Inlett prima	24.50	24.50
Hausstuch prima	13.50	13.50
Barchente	13.50	12.75
Handtuchstoffe	12.75	10.50
Kerren-Barchenthemden	45.00	42.00
Kerren-Normalhemden	32.50	29.75
Prima Strickwolle 1/2 Pfd.	12.00	11.00
1 Posten Frauenstrümpfe	8.25	8.25
1 Posten gestr. Frauen-Unterhosen mit ohne Armeel	12.50	9.75
1 Posten Kinder-Unterhosen in allen Größen	19.75	17.35
1 Posten wollene Betttücher	42.00	42.00

Bettbezüge, weiß u. bunt, in großer Auswahl

Fleischwaren-Zentrale
 G. m. b. H. Halle u. Trotha

Echte polnische Wurst 1/2 Pfd.	5.50
Reines Schweineschmalz 1 Pfd.	13.50
Bohnen mit Schweinefleisch 1 Pfd.	1.50

Schreibwaren, Ansichtskarten, Künstlerkarten
 Naumburger Volksbuchhandlung
 Markt 10.
 Buchhandlung Volksstimme Halle.

Bereins-Anzeiger
 zur Bekanntgabe sämtlicher Veranstaltungen
der Sozialdem. Partei.
 Bezirksverband Halle. Sara 42/44. Fernruf 6900.
 Ferner für die dem Hilgen deutsch. Gewerkschaftsbunde angehörenden Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Sollenberg. Auf zur Protestversammlung! 8 Uhr, im „Volkshaus“! Demokratisches Komitee! Die hiesige Sozialdem. Partei schließt sich dem radikalen Fortschritt an.
Der Vorstand.

Söblich a. d. Ende, Sonnabend, den 3. September. Monatsversammlung. Ersuchen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Mücheln. Sonntag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Gute Quelle“ Mitgliederversammlung. Da ein ausmüchtiger Referat zur Stelle sein wird, ist vollständiges und vor allem pünktliches Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Wodtitz (St. Wiebemer), Montag, den 5. September, abends 9 Uhr, im „Volkshaus“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Fräulein mitbringen.
Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Heute abend 7 Uhr in Wisdorfs Gele...

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinsleiter. Freitag...

Halle und Gaalreise.

Halle, 2. September 1921.

Die schwarz-weiß-roten evangelischen Briefe.

Unter Mitarbeit des H. Schmidt usw. In den Jahren 1919...

Und heute? Die Erkenntnis von der vergeblichen Hoffen...

Die schwarz-weiß-roten evangelischen Briefe. In...

Es wurde dann beschlossen, am Sonntag, den 4. Septem...

Unter Punkt 'Verhaltens' wurde mitgeteilt, daß am...

Die Volksgenossen für Halle. Der Regierungspräsident veröffentlicht heute eine Ver...

Die Schauspielerei des Stadttheaters wird am Freitag...

Bekanntmachung für Dr. Siepe. Wie aus Berlin mitgeteilt...

Volkshochschule. Der Kurier 'Sturm und Drang, Goethes...

Verweigerter Streikarbeit. Dem Vorstand der Ortsverwal...

Angestellten, verweigert Streikarbeit! Dieser Aufruf ist...

Keine Aufhebung des Postamts 3. Verschiedene hiesige La...

Neue Preise für Zeitkarten ab 1. September 1921. Für...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

Freiungruppe der S. D. Halle. Mittwoch abend fand in...

